

Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 48.

Mittwoch, den 26. Februar 1919.

17. Jahrgang.

Aus dem neuen Entwurf der endgültigen Reichsverfassung.

Der neue Entwurf leitet die Verfassung des Deutschen Reiches mit den Worten ein: „Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben.“

Von den in acht Abschnitten niedergelegten 118 Artikeln sind die wesentlichsten:

1. Abschnitt.

Das Reich und seine Gliedstaaten.

Artikel 1.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der bisherigen deutschen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechtes Aufnahme in das Reich begehrt und die durch ein Reichsgesetz eingegliedert werden.

Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold.

Artikel 4 besagt u. a.:

Die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten sind in Befehgebung und Verwaltung ausschließlich Sache des Reiches. In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Gliedstaaten mit auswärtigen Staaten Verträge schließen; die Verträge bedürfen der Zustimmung des Reiches.

Artikel 5.

Die Verteidigung des Reiches an Lande, zu Wasser und in der Luft ist Reichssache.

Die Befehgebung auf diesem Gebiet steht ausschließlich dem Reich zu. Die Verwaltung führt der Reichswehrminister nach näherer Bestimmung des über die Gestaltung der Wehrmacht zu erlassenden Reichsgesetzes. Durch dieses Gesetz sollen die obersten Kommandostellen in den einzelnen Gliedstaaten und Landesteilen selbständige, auf die Pflege der besonderen Stammestätigkeit und landsmannschaftlichen Eigenart gerichtete Verwaltungsbefugnisse eingeräumt werden, deren Ausübung der Aufsicht des Reiches unterliegt.

Artikel 9.

Das Reich hat die Befehgebung über:

13. Das Wohnungswesen;

14. die Grundzüge für das Siedlungswesen, insbesondere für die Regelung der Bevölkerungsverteilung und die Bindung des Grundbesitzes;

15. die Regelung der Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft;

16. den Schutz und die Pflege der schulentlassenen Jugend.

Grundsätzlich erfolgt die Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden.

Artikel 15.

Die deutschen Gliedstaaten sind berechtigt, sich zum Zwecke der Bildung leistungsfähiger Gliedstaaten im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen. Dabei ist grundsätzlich von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

1. Kleinere Landesteile, die in keinem örtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit den übrigen Teilen ihres Staates stehen, sollen mit einem der angrenzenden Gliedstaaten vereinigt werden.

2. Kleinere Landesteile, die mit einem angrenzenden anderen Gliedstaate oder Teilen eines solchen in näherem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen als mit ihrem eigenen Lande, sollen mit denen vereinigt werden.

3. Kleinere Gliedstaaten sollen sich mit angrenzenden oder nahe gelegenen anderen Gliedstaaten verbinden, soweit nicht überwiegende wirtschaftliche Gründe die Erhaltung ihrer Selbständigkeit erfordern.

Landesteile anderer bei dieser Vereinigung unbeteiligter Gliedstaaten, die mit den sich vereinigenden Gliedstaaten in nahen örtlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen stehen, sollen in die Verbindung einbezogen werden.

4. Neu errichtete Gliedstaaten sollen mindestens eine Million Einwohner umfassen.

Kommt in solchen Fällen die Vereinigung bei den Verhandlungen der nächstbeteiligten nicht zustande, so kann von den gesetzlichen Vertretungen der beteiligten Staaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände die Vermittlung der Reichsregierung angerufen werden.

Die Bildung neuer Staaten bedarf der Bestätigung durch Reichsgesetz.

Jeder Gliedstaat muß eine freistaatliche Landesverfassung haben, nach der die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher unmittelbarer und geheimer Wahl von Männern und Frauen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt wird und nach der die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertreter bedarf.

Artikel 18.

Zur Vertretung der deutschen Gliedstaaten bei der Befehgebung und Verwaltung des Reiches wird ein Reichsrat gebildet.

Artikel 19.

Das Stimmrecht der Gliedstaaten im Reichsrat ist von der Zahl ihrer Einwohner nach Maßgabe der jeweils letzten Volkszählung abhängig. Grundsätzlich entfällt auf 1 Million Landeseinwohner eine Stimme, jedoch in der Weise, daß

1. ein Überschuß von mehr als einer halben Million einer Vollmillion gleichgerechnet wird,

2. Gliedstaaten von mehr als einer Million Einwohner in dem ihnen nach der früheren Reichsverfassung zugebilligten Stimmrecht nicht vergrößert werden,

3. Gliedstaaten, deren Einwohnerzahl mindestens eine halbe Million beträgt, je eine Stimme haben.

Rein deutscher Gliedstaat darf mehr als $\frac{1}{2}$ aller Stimmen führen, sofern jedoch hierdurch die Stimmzahl Preußens unter 18 sind, ist das Stimmenverhältnis vom Reichsrat in jeder der Verfassungsänderungen neu zu regeln. Gliedstaaten, die weniger als eine halbe Million Einwohner haben, sind nur stimmberechtigt, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegende wirtschaftliche Gründe eine Vertretung erfordern.

Diese Vorschriften treten erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung in Wirksamkeit.

Bis dahin gelten für die Bildung des Reichsrats folgende Grundzüge: Im Reichsrat hat jeder Gliedstaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Gliedstaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Einwohner eine Stimme, wobei der Überschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Gliedstaates gleichkommt, einer vollen Million gleichgerechnet wird.

Wenn Deutsch-Oesterreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit einer seiner Einwohnerzahl entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Artikel 26.

Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat Einspruch zu.

Der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen vom Tage der Schlußabstimmung im Reichstage ab bei der Reichsregierung eingebracht und mit Gründen versehen werden.

Im Falle des Einspruchs wird das Gesetz dem Reichstage zur nochmaligen Beratung vorgelegt. Kommt hierbei eine Übereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag nicht zustande, so kann der Reichspräsident über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten eine Volksabstimmung herbeiführen, oder aber das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, wenn es dort die für Verfassungsänderungen vorgesehene Mehrheit gefunden hat.

3. Abschnitt.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel 30.

Es besteht volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben insoweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen.

Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist unabhängig von der religiösen Bekenntnis.

Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Artikel 31.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehren sind frei. Der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen soll unentgeltlich sein.

Für die Bildung der Jugend und des ganzen Volkes soll durch öffentliche Anstalten genügend gesorgt werden. Das Schul- und Unterrichtswesen ist in allen Gliedstaaten so einzurichten, daß sich auf die Volksschulbildung der Unterricht in den mittleren und höheren Bildungsanstalten aufbaut. Das Unterrichtswesen steht unter staatlicher Aufsicht.

Artikel 32.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich durch Wort, Schrift, Druck oder Bild frei zu äußern, soweit keine staatsrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Eine Zensur, insbesondere auch eine Vorprüfung von Theater- und Lichtspielvorführungen sind nicht statt. Der Schutz der Jugendlischen bei Lichtspielvorführungen und anderen Schaustellungen bleibt gesetzlicher Regelung überlassen.

Artikel 40.

Auf die fremdsprachlichen Teile des Reiches ist in der Befehgebung und der Verwaltung des Reiches und der deutschen Gliedstaaten hinsichtlich ihrer vollständigen Eigenart insbesondere auf ihre Muttersprache, Rücksicht zu nehmen.

3. Abschnitt.

Der Reichstag.

Artikel 55.

Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von ein Fünftel seiner Mitglieder die Verpflichtung, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Die Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten.

Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten; die Akten der Behörden sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

4. Abschnitt.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

Artikel 72.

Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre, seine Wiederwahl ist zulässig.

Nach Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden. Für den Beschluß des Reichstages gilt das gleiche wie für Verfassungsänderungen.

Nach dem Beschluß ist der Reichspräsident an der Ausübung des Amtes verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als Neuwahl und hat die Auflösung des Reichstages zur Folge.

6. Abschnitt.

Das Verkehrswesen.

Artikel 86.

Das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens ist in Befehgebung und Verwaltung ausschließlich Sache des Reiches.

Artikel 87.

Das Reich muß das Post- und Telegraphenwesen von Bayern und Württemberg im Wege des Vertrages gegen Entschädigung in eigene Verwaltung übernehmen.

Artikel 88.

Die Postwertzeichen sollen für das ganze Reich gemeinsam sein.

Artikel 89.

Das Reich hat die Befehgebung über die Eisenbahnen, soweit es sich um den allgemeinen Verkehr und die Landesverteidigung handelt.

Artikel 102 besagt u. a.:

Aufgabe des Reiches ist es, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen in seine Verwaltung zu übernehmen.

Das Reich ist berechtigt, im Interesse des allgemeinen Verkehrs oder der Landesverteidigung zur Schaffung eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der beteiligten Gliedstaaten, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, neue Binnenwasserstraßen anzulegen oder vorhandene auszubauen. Dabei sind die Interessen der Landeskultur und Wasserwirtschaft zu wahren. Auch ist auf deren Förderung Rücksicht zu nehmen.

Rundschau.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Deutsch-Oesterreich, das ebenso heiß die Aufnahme in das Deutsche Reich ersehnt wie das Deutsche Reich den Zusammenschluß mit Deutsch-Oesterreich, hat Vertreter nach Weimar entsandt, um über die Verhandlung zu beraten.

Wien, 24. Februar. Staatssekretär Bauer reiste gestern abend nach Weimar, begleitet von Ministerialrat Gärtner vom Staatsamt des Neuburg, Unterstaatssekretär Riedl vom Staatsamt für Handel und Oberfinanzrat Paghauer.

Wie wir weiter erfahren, begibt sich heute nachmittag auch der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Professor Dr. Hartmann, nach Weimar, um ebenfalls an den Verhandlungen teilzunehmen.

„Frieden“ mit Gotha.

Weimar, 24. Februar. Am gestrigen Sonntag ist der Reichswirtschaftsminister Wiffel nach Gotha gereist, um im Auftrage der Reichsregierung mit den dortigen politischen Führern zu verhandeln. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Nachrichten über die Lage in Gotha stark übertrieben sind. Gleichzeitig war auch Generalmajor Maerker in Gotha, und man hat eine Reihe von Bedingungen vereinbart. Die Truppen der Reichsregierung sollen zurückgezogen werden, sobald der Generalfeldmarschall beendet und die Ablieferung der Waffen vollzogen ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Bedingungen noch im Laufe des heutigen Tages durchgeführt werden. Damit dürfte der Zwischenfall von Gotha als erledigt angesehen werden können.

Unklar bleibt nur noch eine Frage, nämlich über den Ursprung des Generalfeldmarschalls. Noske hat bekanntlich behauptet, daß die Regierungstruppen nach Gotha gesandt seien, da das dortige Regiment einem Marschbefehl nicht nachgekommen sei. Ob dieser Marschbefehl jetzt noch zur Durchführung kommen soll, davon verläutet in Regierungskreisen nichts. Nach der bekannten Szene in der Nationalversammlung dürfte es durchaus im Interesse der Reichsregierung liegen, auch in diesem Punkte Klarheit zu schaffen.

Streit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Halle, 24. Februar. In einer Versammlung der Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus in Halle wurde gestern trotz des Einspruchs der Vertreter des Zeiger und Meuselwitzer Bezirks der allgemeine Zustand beschlossen. Er soll, wie verlautet, heute schon beginnen.

Französische Annexionslust und das Saargebiet.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Annexionslust der Franzosen auf das sprachlich und kulturell echt deutsche Saargebiet richtet. Schon Ludwig der Bierzeunte hat den Versuch gemacht, große Teile des alten deutschen Reiches durch das System seiner berechtigten Grenzberichtigungen mit Frankreich zu vereinigen. Nach dem Artikel 70 des westfälischen Friedens von 1648 die Bistümer Metz, Toul und Verdun an Frankreich gekommen waren, nahm Ludwig der Bierzeunte diese als ein Lehn des Bistums Metz in Anspruch und besetzte das Land gewaltsam. Erst 1677 gelang es den Kaiserlichen und der schwedischen Armee, Saarbrücken zu befreien. Nachdem dieser Gewaltakt mißlungen war, ließ Ludwig der Bierzeunte durch die Metzger Kammer vom 8. Juli 1680 die Grafschaft als ein Lehn des Metz Bistums erklären, und zwar auf Grund einer Urkunde aus dem Jahre 1665, die sich zum Ueberflusse nur auf einen Teil der Grafschaft bezog. So blieb denn Saarbrücken unter dem Zwange der französischen Waffen, denen das deutsche Reich keinen Widerstand zu leisten vermochte, bei Frankreich bis zum Frieden von Austerlitz vom Jahre 1807 dessen Artikel 4 dem Kaiser, dem Reich und seinen Gliedern alle durch

die Reunion abgetrennten Gebiete zurückzuführen.

Die schwerste Zeit durchlebte das Saarland, als über es im Jahre 1793 die Stürme der französischen Revolution dahingingen. Wüthend plündernd, fiegend fielen die Franzosen ein und überzogen, nach dem bekannten Revolutionspruch, die Paläste mit Krieg, ohne dabei die Hütte zu verschonen. Die Gailloinne errichtete ihre Herrschaft an den Ufern der Saar und kein Leid blieb der unglücklichen Bevölkerung, vom Höchsten bis zum Geringsten, erspart. Dem Zeitgeiste machten die Machthaber der Revolution freilich insofern Zugeständnisse, als sie die gewaltsame Angliederung des Landes durch Inzenterung freiwilliger Volksabstimmungen zu Gunsten Frankreichs zu bemanteln suchten. Mit diesen Versuchen hatte man indessen wenig Glück. Bei einer Abstimmung im Jahre 1798 sprachen sich nur 48 Bürger Saarbrückens und nur 13 der Vorstadt St. Johann für den Anschluß an Frankreich aus.

Als feierlich durch den Frieden von Lunéville im Jahre 1801 das ganze linke Rheinufer an Frankreich abgetreten war, entschied sich die Saarbrücker Bevölkerung bei einer allgemeinen Abstimmung für die Uebertragung der lebenslänglichen Konselatswürde an Napoleon. Wenn von französischer Seite von einem Plebiszit für Frankreich gesprochen wird, so ist wohl diese Abstimmung gemeint, die selbstverständlich mit der Frage der Vereinigung des Saarlandes mit Frankreich, die bereits durch den ohne jede Mitwirkung der Wähler Zustandekommene Frieden von Lunéville vollzogen war, nicht das mindeste zu tun hat.

Nach dem Sturze Napoleons schien dem Saarlande die Stunde der Freiheit zu schlagen. Auf dem ersten Pariser Frieden von 1814 blieb freilich auf Betreiben Alexanders, der finanziell an den Salinen von Dienze und Chateau-Salins interessiert war und diesen das billige Saarbrücker Brennmaterial erhalten wollte, das Gebiet von Saarbrücken französisch. Erst, nachdem es den tapferen Saarbrücker Bürgern — ihre Nachkommen sind durchweg noch heute im Saarlande ansässig und kämpfen den gleichen Kampf gegen die Fremdherrschaft wie ihre Altvordere — gelungen war, ganz Deutschland für ihre gute Sache zu interessieren, hob der zweite Pariser Frieden die Vereinigung Saarbrückens mit Frankreich auf.

Heute steht die wackere Saarbrücker Bevölkerung wieder einmal dem drohenden Schreckgespenst der von Frankreich mit allen Mitteln betriebenen Annexion gegenüber. Stärken wir das schwergeprüfte Land mit allen Mitteln und halten wir unseren deutschen Brüdern die Treue.

Dr. G. Stegemann.

Spartakus.

Das Münchener Chaos.

Gründung einer vereinigten sozialistischen Partei.

Nachdem am Sonnabend in einer überaus stürmisch verlaufenen Sitzung der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in München der Antrag auf Verfindigung der bayerischen Räterepublik und die Bewaffnung des Proletariats einstimmig beschlossen worden sind, hat der Zentralrat die Einberufung des Nationalkongresses beschlossen. Trotz dieser Einberufung wurde aber die Befestigung einer Reihe von Ministerposten vorgenommen, wie aus nachstehendem Drahtbericht hervorgeht:

München, 24. Februar. Mit Zustimmung des Zentralrates wurde zum Militärminister ernannt der bisherige Regierungsvertreter des Generalkommandos des 1. Armeekorps Scheib; zum Minister des Innern der Mehrheitssozialdemokrat Legig. Ueber die Befestigung des Ministeriums des Aeußern ist noch nichts entschieden.

Die Ernennung eines Mehrheitssozialisten zum Minister zeigt, daß es jedoch zu einer Verständigung der sich gegenseitig bekämpfenden Proletarier gekommen ist. Eine Meldung der „Freiheit“ aus München bestätigt die Verständigung durch die Mitteilung, daß eine seit Sonnabend tätige Kommission zur Wiederherstellung der Einheit unter den sozialdemokratischen Parteien unter Vorsitz des vormaligen Wortes einstimmig beschlossen habe, daß die Parteien sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen auf Grund folgenden Programms:

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte werden durch die Verfassung anerkannt und verankert. Ihre Mitglieder genießen Immunität. Dem Minister werden je ein Abgeordneter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mit beratender Stimme beigegeben. Unter Beibehaltung der im Amte verbliebenen Minister soll ein sozialistisches Ministerium gebildet werden, dem das Landwirtschaftsministerium aus den Kreisen des Bauernbundes angegliedert wird. Dieses Ministerium wird bis zur Verabschiedung der Verfassung durch die Volkswirtschaft die Regierungsgeschäfte ausüben. Der Landtag wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen. Das jetzt noch bestehende Militär wird unverzüglich entlassen und an dessen Stelle die republikanische Schutzwehr aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und freigewählter Landarbeiter gebildet.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden aus München, daß bis gestern abend um 7 Uhr die neue Regierung noch nicht gebildet war. Die Verhandlungen darüber seien noch in der Schwere. Best steht lediglich, daß die Kommunisten von der Regierung ausgeschlossen werden. Dem Kultusministerium werde eine Aufklärungsabteilung beigegeben werden, die dafür zu sorgen habe, daß die Bevölkerung die volle Wahrheit erfahre.

Gestern herrschte Ruhe in München, obgleich man noch auf Anschläge der spartakistischen Truppe, die Waffen verteilt und auch in der Umgebung Plünderungen begangen hat, rechnet. Die Spartakisten beherrschen besonders die Pestalozzistraße, wo sie außer dem Gewerkschaftshaus auch die Räumlichkeiten der katholischen Arbeiter besetzt haben.

Ueber die vorerwähnten Plünderungen besagen die Meldungen, daß die davon Betroffenen besonders die Offiziere und die obligen Familien waren. Das Palais des Prinzen Leopold in der Leopoldstraße wurde von Soldaten besetzt und durchsucht, während eine erregte Menge auf der Straße wartete.

Von dem Grafen Arco-Valley wird noch bekannt, daß er in seiner Münchener Pension einen Brief hinterlassen habe, in dem Eisner wegen seiner Rede in Bern als Landesverräter bezeichnet sei, den der Schreiber deshalb töten müsse. Die Stelle, an der Eisner hinsank, ist mit unzähligen Blumengebüden und Kränzen bedeckt. Man hat das Blut sorgsam konserviert.

Das Revolutionsgericht.

München, 24. Februar. Der Zentralrat der Republik Bayern hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Der Beschluß des Zentralrates ist zum Schutz der Revolution bestimmte Persönlichkeiten als Geiseln in Schutzhaft gesetzt worden. Die Sicherheit der Verhafteten wird verbürgt, solange keine Attentate aus gegenrevolutionären Bestrebungen unternommen werden.

Das Volksgericht bei dem Landgericht München 1 veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die Staatsanwaltschaft und das Volksgericht München haben aus Anlaß der Attentate auf die Minister Eisner und Auer sowie der Tötung des rdtagsabgeordneten Desel sofort eingehende Erhebungen eingeleitet. Um die Möglichkeit zu schaffen, dem Verbrechen eine öffentliche Gestalt zu geben, wird auf Veranlassung des Justizministeriums je ein Vertrauensmann der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der Mehrheitssozialisten und der bayerischen Volkspartei (Zentrum) zu allen Untersuchungs-handlungen beigegeben.

Der Zentralrat hat ferner einen Aufruf an die Arbeiter in der Stadt anschlagen lassen, in welchem erklärt wird, daß das Proletariat in den machtvollen Kundgebungen gezeigt habe, wie tief es durch den Verlust des einzigen Eisners getroffen worden sei.

Das Proletariat habe seine Macht enthüllt, die Kundgebungen hätten ihren Zweck erfüllt. Der Rätegedanke marschiere. Die Arbeiter werden ersucht, sich Montag früh wieder an die Arbeitsstätten zu begeben.

Minister Auer ist noch am Leben, doch ist sein Zustand nach wie vor ernst.

Die Truppen gegen die Räte.

München, 24. Februar. Mit Ausnahme der Garnisonen von München und Nürnberg erklärten sich alle bayerischen Truppenteile gegen die kommunistische Räteregierung und fordern die Wiedereinberufung des Landtags.

Front gegen München.

Passau, 24. Februar. Die Garnison Regensburg hat dem Landtagspräsidenten Regensburg als Tagungsort des Landtages angeboten. Der Regierungspräsident der Oberpfalz hat die Durchführung der Verordnungen der Münchener Diktaturregierung verweigert. Auch die Regierung von Unterfranken hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt.

Landestrauer für Eisner.

a. Der Zentralrat der Republik Bayern hat für Mittwoch als den Beerdigungstag Eisners Landestrauer angeordnet. Im ganzen Lande wird die Arbeit ruhen, alle öffentliche Gebäude haben schwarz und rot halbmast zu flagen, vormittags von 10,00 bis 10,30 Uhr wird von allen Kirchen des Landes feierlich geläutet.

Mannheim in den Händen der Spartakisten.

Karlsruhe, 23. Februar. Das „Karlsruher Tageblatt“ meldet aus Mannheim: Gestern nachmittag versammelte sich unter freiem Himmel eine große Anzahl von Personen zu einer Kundgebung zu Ehren Eisners. Vom Balkon der Festhalle aus wurden verschiedene Reden gehalten, in welchen die Ausrufung der bayerischen Räterepublik nach bayerischem Muster verlangt wurde. Je ein Mehrheitssozialist, ein Unabhängiger und ein Kommunist erklärten ihr Einverständnis mit der Ausrufung der neuen Regierung und forderten die Menge zur Zustimmung auf. Nach dieser Kundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem Zuge durch die Stadt. Zunächst marschierte der Zug, in dem eine Anzahl roter Fahnen mit Trauerklor mitgetragen wurden, zum Militärgefängnis, wo nach Zertrümmerung des Eingangstores die verschiedenen Militärgefängnisse befreit wurden. Dann bewegte sich der Zug durch die untere Stadt und Breite Straße zum Schloß. Hier drang man in die Abteilung ein, in der die politischen Gefangenen in Untersuchungshaft saßen, die ebenfalls befreit wurden. Aus den Gerichtssälen und Zimmern wurden große Mengen Ätzen auf die Straße geschleudert und verbrannt. Ein Teil des Zuges zog dann weiter am Geschäftshaus des „Mannheimer Generalanzeigers“ vorbei. Es war zunächst beabsichtigt, die Zeitung zu besetzen; es wurde jedoch davon Abstand genommen, weil verschiedene Leute vom Personal sich mit den Demonstranten solidarisch erklärten. Der Zug marschierte dann weiter zum Landesgefängnis. Verschiedene Kinos und Cafes in der Heidelberger Straße wurden gezwungen, zu schließen. Das Theater konnte ebenfalls nicht spielen; es soll um 5 Uhr von den Spartakisten besetzt worden sein.

Karlsruhe, 23. Februar. Die telephonische Verbindung mit Mannheim ist unterbrochen. Der Zugverkehr nach dem Norden und Osten wurde auf Verfügung der vorläufigen Regierung eingestellt.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Bergarbeiter wollen dem Streikgebote der terroristischen Spartakusleute nicht folgen. Diese versuchen alles mögliche, um den Arbeitswillen der Bergarbeiter zu brechen und durch die Stilllegung der Gruben das Chaos über Deutschland heraufzubehämmern. So ist es kein Wunder, daß die Bergarbeiter die Stunde herbeisehnen, wo die Truppen der Regierung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einmarschieren, um ihren Willen zur Arbeit zu stützen.

Die Reichsbank hat durch ein Schreiben vom 22. Februar die Reichsregierung dringend gebeten, für den Schutz der Reichsbankanstalten im rheinisch-westfälischen Gebiete, insbesondere für die Reichsbankstelle in Mülheim an der Ruhr zu sorgen. Die Reichsbankstelle in Mülheim hat der Reichsbank gemeldet, daß sie wiederholt in Gefahr gewesen sei, daß ihr Bestand von Spartakisten oder von disziplinlosen Truppen, die nicht mehr in der Hand ihrer Führer seien, geplündert würde. Auch in Sterkrade sei mehrfach versucht worden, die Bestände der Reichsbankstelle zu beschlagnahmen. Die Gefahr einer Plünderung der Tresors sei nur im letzten Augenblick durch Verhandlungen abgewendet worden. Die Spartakus-Streikleitung hat mehrere Tage lang alle Auszahlungen von ihrer Genehmigung abhängig gemacht. Der von der Reichsbank angeordnete Abtransport der nicht unmittelbar gebrauchten Geldbestände hat sich wegen des gewaltsamen Widerstandes der Streikenden nicht durchführen lassen.

Die Vorgänge in Hanau.

Hanau, 23. Februar. Durch Angaben von Verhafteten hat man ermittelt, daß die Regierungstruppen im Bruchkoelberwalde überfallen werden sollten. Man wollte hierzu Spartakisten heranziehen. Schnellbacher, den man als den geistigen Urheber des Ueberfall-Planes bezeichnet, flüchtete, wurde aber verhaftet. Man ermittelte auch vier Maschinengewehre, die für den Ueberfall verwendet werden sollten, in einem Keller. Es wurde überhaupt eine große Menge von Waffen und Munition durch Hausdurchsuchungen zu Tage gefördert. Auch von geplünderten Lebensmitteln sind große Mengen wieder herbeigeschafft worden. Bislang sind 60 Verhaftungen, namentlich von Plünderern vorgenommen worden.

Die Lage an den Fronten im Osten.

An der Front von Posen.

Es wird mit weiteren polnischen Versuchen, das Aufstandsgebiet zu vergrößern, gerechnet. Die neuerlichen starken Vorstöße der polnischen Truppen östlich Benthen bei Kempen und südwestlich Schildberg sowie das Vordringen der polnischen Linien im Nebeabschnitt bestätigen diese Annahme. Die teilweise willkürliche Führung der Demarkationslinie, welche die spätere Aufgabe einwandfrei von deutschen Truppen besetzten Gebietes vor allem in der Gegend von Birnbaum zur Folge haben soll, hat bei der Bevölkerung und den Grenzschutztruppen die größte Erbitterung hervorgerufen.

Bolschewiki-Front:

Die Lage im Baltikum hat sich weiterhin gefestigt. Es ist uns gelungen, unsere bisherige Front restlos zu behaupten und durch verschiedene glücklich durchgeführte Unternehmungen den Gegner empfindlich zu schädigen. Besonders erfolgreich war ein Vorstoß bei Murajewo, wo unsere Truppen außer einer Anzahl von Gefangenen, 2 Fahnen, 2 Feldgeschütze und 40 bis 50 Wagen mit Lebensmitteln, Bekleidung und Ausrüstung in die Hände fielen. Die weiteren Abschnitte des Feindes vor der Baltischen Front sind in Dunkel gehüllt. Sie werden anscheinend durch die in Livland erfolgreich operierende einiisch-sinnische Nordarmee erheblich beeinflusst. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Bolschewiken einen erneuten Vorstoß in Richtung Liban planen. Verstärkungen sind unsererseits auf dem Landweg und auch im Einverständnis mit der Entente zu Schiff im Antransport.

In Litauen

ist unsere Gegenoffensive gegen den bei Mita eingebrochenen Feind weiterhin erfolgreich gewesen. Sie hat dank der

rechtzeitig eingetroffenen Verstärkungen zur vollen Wiederherstellung unserer alten Linien geführt. Weitere Klämpfe stehen zu erwarten, da nach Gefangenenauslagen die bolschewistischen Truppen infolge Lebensmittelmangel zum Fortziehen ihrer Offensive gezwungen sind.

Räumung von Polen.

Gemäß des mit den Polen getroffenen Vertrages verläßt die Räumung der bisher von uns besetzten Gebiete programmäßig. Bialostok wurde am 20. Februar den Polen übergeben, auch die Bahn Mosty-Grodno ist zum großen Teil bereits in polnischen Betrieb übergegangen. Gleichzeitig mit der Uebernahme des Hinterlandes geht die Ueberführung der deutschen Fronttruppen durch Polen Hand in Hand; auch diese ist bisher glatt verlaufen. Die Zuführung der bisher eingetroffenen amerikanischen Lebensmittelpartie, die am 17. Februar begannen, sind ohne Verzögerung durchgeführt worden. Es sind keine Zwischenfälle eingetreten.

Die Bedrohung Schlesiens.

Breslau, 23. Februar. Hier fanden heute zwischen dem Generalkommando und dem Generalkommando Beratungen über eine etwaige Mobilmachung von zehn Jahrgängen zum Schutze Schlesiens statt mit dem Ergebnis, daß die Erledigung der Angelegenheit auf 2 bis 3 Wochen verschoben wurde, da man erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten will.

Ein halbamtlicher Bericht besagt: Es mehren sich die Nachrichten von Truppenverschiebungen der Tschechen nach der schlesischen Landesgrenze. Vor allem deuten verschiedene Meldungen auf neue Truppenansammlungen um die Grafschaft Glatz hin. Aus diesen Anzeichen lassen sich Schlüsse für ein offensives Vorgehen der Tschechen gegen deutsches Gebiet nicht ohne weiteres ziehen, jedoch mit einem solchen Vorgehen immer gerechnet werden. Unter Grenzschutz wurde entsprechend verstärkt.

Kommunistenaufbruch in Prag.

Prag, 22. Februar. Hier fanden heute während des ganzen Tages sehr schwere Kämpfe statt. Die Kommunisten bemächtigten sich der meisten öffentlichen Gebäude, Studenten und Volkswachen den Kampf mit ihnen auf. Sie drangen in die Stadt ein und haben bis zur Stunde bereits den größten Teil der von den Kommunisten besetzten Gebäude wieder geäubert.

Prag, 23. Februar. Gegenüber den Meldungen ausländischer Blätter über einen beabsichtigten Einfall tschechisch-slowakischer Truppen in das Glatzer Gebiet stellt das Ministerium für Landesverteidigung fest, daß alle derartigen Nachrichten jeder Grundlage entbehren. An ein Ueberschreiten der Grenze durch tschechisch-slowakische Truppen werde nicht gedacht.

Prag, 23. Februar. Bei den gestrigen Zusammenstößen wurden fünf Personen getötet und acht meist schwer verletzt. Ein Sechster ist heute gestorben.

Politische Tageschau.

Das Ergebnis der Berliner Gemeindevorwahlen.

Mandatsverteilung in Berlin: Deutschnationale 14, Deutsche Volkspartei 9, Zentrum 7, Demokraten 20, Sozialdemokraten 4, Unabhängige 47.

Mandatsverteilung in Wilmersdorf: Bürgerblock einschließl. Demokraten 40, Sozialdemokraten 21, Unabhängige 5, Mittelstandsliste 3.

Mandatsverteilung in Neukölln: Bürgerblock (Deutschnationale, Deutsche und Christliche Volkspartei) 7, Demokraten 7, Sozialdemokraten 31, Unabhängige 25, Kommunale Partei 2.

Charlottenburg: Deutschnationale 18 765, Deutsche Volkspartei 16 016, Zentrum 6582, Demokraten 26 349, Sozialdemokraten 38 857, Unabhängige 25 041, Mittelstandspartei 820 Stimmen.

Schöneberg: Deutschnationale Volkspartei 16 048, Deutsche Volkspartei 7230, Zentrum 4865, Demokraten 17 669, Sozialdemokraten 25 275, Unabhängige 9187, Wirtschaftl. Vereinigung 4707 Stimmen.

Duisburg. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten die Deutschnationalen 10, Deutsche Volkspartei 7, Zentrum 25, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 21, kommunistische Partei 4 und die Polen 2 Sitze.

Hannover. Mandatsverteilung: Zentrum und Hanoversche Partei 20, Bürgerbund 9, Wahlortschlag Zentrum 2, Demokraten 8, Hauswirte und Gewerbetreibende 6, Angestellte 2, Gastwirte 1, Sozialdemokraten 35, Unabhängige 2. Es haben also 47 bürgerlichen 37 Mandate der beiden sozialistischen Parteien gegenüber.

a. Die Zwangsbewirtschaftung. Die aus den Verhältnissen des Krieges heraus entstandene Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung, die bei Rückbehaltung landwirtschaftlicher Grundstücke die Möglichkeit der Zwangsbewirtschaftung vorsieht, hat sich mehrfach als ausnahmsbedürftig erwiesen. Auch ist es, wie das Reichsernährungsamt mittelt, im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche Lage zur Sicherung der Ernährung dringend geboten, die weitere Geltungsdauer der Verordnung aufrecht zu erhalten. Der heimische Ackerboden muß rasch in den Dienst der Ernährungswirtschaft gestellt werden. Eine vom Staatssekretär des Reichsernährungsamtes erlassene Verordnung über die Sicherung der Landwirtschaft sieht daher vor, die Möglichkeit zur Einleitung einer Zwangsbewirtschaftung zu weiterhin aufrecht erhalten wird. Gleichzeitig bringt die Verordnung m. hrfache Neuerungen auf Grund der bei Zwangsbewirtschaftungen gemachten Erfahrungen, die zugleich die Einleitung und Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung wirksamer gestalten und so die volle Ausnutzung des heimischen Bodens gewährleisten.

Wie das Heeresgut verbleibend wird. Aus einem Bericht über die Verbleibend wird wir in der Lage, die Angaben mitzuteilen, die ein empfindendes Bild von dem geben, wie das Heeresgut verwahrt und verbleibend wird.

Nach Vereinbarung mit ... befristete ich das Sammel- u. am 31. Januar. Etwa 36 Geschütze verschiedener Art ... Infanterieregiment ... abgegeben — und rund zweihundert Fahrzeuge an zwei Stellen etwa tausend Meter auseinander. Sie sollen oberhalb der Stadt auf hochwasserfreiem Gelände vereinigt werden. Infolge des ganz unzulässigen Verhaltens der Truppe wird der Wachdienst in geradezu verbrochener Weise getrieben. Ich habe dem H. A. Tatzberg über drei Polken berichtet, welche, wie ich beobachtete, Zivilpersonen den Zutritt zu den Fahrzeugen erleichterten und ein Verbot anzuhörten, in dem sie ihrer Dohut anvertrautes Gerät vertrieben. Die Wagen sind nur zum Teil entladen, die Mehrzahl ist noch und zeigt sonstige Spuren der Plünderung der Fahrzeuge zerstreut und nach Brauchbarem durchsucht. Kleineres Geschütz, Waffen, Bekleidungsstücke, Fernspreck- und Nachrichten gerät liegen in wüsten Haufen dennoch im alten Schloß, in den Kellerräumen füllend. Vieles ist verloren, vieles noch zu beschaffen, besonders durch planmäßiges, strenges Durchsuchen der Umgebungen, wozu ich das G. A. gebeten habe, Offiziers- und Unteroffizierspatrouillen durch die Dörfer zu schicken. Der mit der ersten Lage des Sammelagers betraute Leutnant konnte trotz aller öffentlichen Bemühungen wegen der Zuchtlosigkeit der Truppe nicht erreichen.

Am 1. Februar befristete ich Sammelager G. Auch hier der Sammel- und Bewachungsdiens sehr durch die Unbotmäßigkeit

ber Truppe, wo am Tage vor meiner Ankunft der Regiments-Kommandeur und andere Offiziere widerrechtlich abgesetzt worden waren. Verhalten der Posten ähnlich wie in S. Die vom Regiment gestellten Gelbpanne kommen nicht oder fahren nach dem Stall, wenn es ihnen gut scheint. Bei Kälte erklären die Fahrer nicht fahren zu wollen. Trotzdem ist der Zustand nicht so erbärmlich wie in S. Man sieht wenigstens schon die Anfänge der Ordnung, die meisten Fahrzeuge sind entladen, allerdings auch viele geküchelt.

Aus Stadt und Land.

Röslin, den 25. Februar 1919.
Samstag, 20. Februar: Sonnenaufgang 6.58, Sonnenuntergang 5.30.
Mondaufgang 4.27, Monduntergang 12.53.

Wetter:
Mäßig neblig, sonst trocken, zeitweise heiter, nachts Frost, mitags ziemlich mild.
- **Aus dem Stadtparlament.** Den Hauptgegenstand der Stadtverordnetenversammlung am Montag, der letzten vor den am kommenden Sonntag stattfindenden Neuwahlen, bildete die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 428 941 Mark ab die Kapitel wurden einzeln vorgetragen, durchberaten und im allgemeinen ohne wesentliche Abänderungen genehmigt. Zur Deckung eines Betrages von 57 300 Mark, um den Etat in Uebereinstimmung zu bringen, hat sich eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer als notwendig ergeben. Es wurden folgende Zuschläge beschlossen: zur Einkommensteuer 250 v. H. (bisher 240 v. H.) und zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 240 v. H. (bisher 230 v. H.); zur Betriebssteuer wurde bisherige Zuschlag von 110 v. H. belassen. Der Stadte ordnetvorsitzer Strahl schloß hierauf die Sitzung mit kurzen Dankworten an die Stadtverordneten für ihre Unterstützung und Mithilfe und mit einem Hoch auf die Stadt Köslin.

- **Personalia.** Der Regierungs- und Schulrat, Geheimrat Regierungsrat Dr. Lohrer ist an die Regierung in Arnberg versetzt worden. Der Zeitpunkt der Ueberfiedlung ist noch nicht festgelegt.

- **Im katholischen Männerverein** hielt am Montagabend im Hammerischen Lokale der Vorsitzende, Pfarrer Dr. Piontek, einen Vortrag über das Thema „Was ist von der Selbstverwaltung der Schüler zu halten?“. Der Vortragende führte in stattlicher Anzahl erschienenen Zuhörern die verschiedenen Stufen der Selbstverwaltung in aufsteigender Weise vor. Den Abschluß bildete die ausführliche Schilderung einer „Schulstadt“ in Amerika (Village-City in Toledo, Staat Ohio). In allgemeinen hielt sich der Vortragende sympathisch zu dem Gedanken der Selbstverwaltung und trat für allmählich fortschreitende Versuche auf diesem Gebiete ein. In der Aussprache brachte Oberingenieur Radolph einige Bedenken gegen die vom preussischen Kultusministerium geplanten „Schülerräte“ und „Schulgemeinden“ vor, pflichtete aber im übrigen den Ausführungen des Dr. Piontek bei.

- **Zur Gründung eines Ortsvereins der christlichen Gewerkschaften von Köslin** hatten sich am Sonntag im „Burggrafen“-Kloster Delegationen der hier bestehenden Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften sowie auch Vertreter von Verbänden, die dem deutschen Arbeiterkongress angehören, eingefunden. Nach einem ausführlichen Vortrag des Verbandssekretärs Diefel über die Bedeutung eines Kartells wurde die Gründung einstimmig beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender der Buchdrucker Streich, als Kassiererin Heimarbeiterin Frau Poljanagel und als Schriftführer Buchdrucker Vogt. Als Beisitzer wurden Handlungsgeselle Erdmann, Schuhmacher Duraff und Hausdiener Mann gewählt. - Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

- **g. Republikanische Zustände.** Spartakistische Elemente begehren gestern nach den hiesigen Hauptbahnhof, um die Abreise der Einberufenen der Jahrestreffen 97 und 98 zu verhindern. Sie entwarfen das Sicherungskommando der Truppen bezw. jagten diese vom Bahnhof und fanden unter den Einberufenen selbst dabei Unterstützung. Niemand der Einberufenen wurde durchgelassen, jedoch der Nachzug nach Belgard schließlich leer abfahren mußte. Sodann zogen die aufrührerischen Elemente laut lärmend durch die Straßen der Stadt und warfen beim Regierungsgebäude einige Fensterscheiben ein. Der Lärm auf den Straßen ließ erst gegen 3 Uhr nach. Heute vormittag war überall - auch auf dem Bahnhof - die Ruhe wiederhergestellt.

Ueber ähnliche Vorkommnisse wird aus Belgard berichtet. Auf dem dortigen Bezirkskommando hatte sich trotzdem die größte Zahl der Beordneten gestellt. Unter den Gestellten befanden sich auch einige Matrosen. Diese hielten durch ihre Reden die Einberufenen davon ab, der Aufforderung des Offiziers zum Betreten des Hofes des Bezirkskommandos zwecks Kontrolle der Namen usw. Folge zu leisten. Der anwesende Offizier redete den Leuten im Guten zu, jedoch waren diese sehr ungeschlüssig; die aufrührerischen Elemente behielten die Oberhand. Die besten Leute trauten sich nicht hervorzutreten, bis einer nach dem andern nach Hause ging. Nur ein Rest von etwa 25 Mann stellte sich der Einberufungsbehörde. Im übrigen i: nach einer heutigen Bekanntmachung des Bezirkskommandos B lgard nun auch der Jahrgang 98 aufgerufen worden (siehe Anzeigenteil).

- **Kolberg.** Die Unabhängigen. Matrosen und Unabhängige versuchen die Abreise Gestellungsplchtiger zu hindern. Ein Matrosenkommando des A. und S. Rats versagte die Menge. Der Rdelfhrer wurde verhaftet.

- **Zanow.** Zur Vinderung der Wohnnot beabsichtigt die Stadt gemäß einem Beschlusse der Stadtverordneten in der Lindenstraße ein Wohnhaus mit vier Dreizimmerwohnungen zu erbauen. Ferner soll in der Lindenstraße eine Warmwasserbadeanstalt errichtet werden. - **Personalia.** An Stelle des im Kriege gefallenen Stadtkretars Grelling wurde der Polizeiwachmeister Krause, in dessen Stelle der bisherige Polizeisergeant Wujow gewählt. - **Einbrecher** besuchten nachts den Kaufmann Groh und liehen anher Porzellanwaren, auch noch den Inhalt der Kassenlade mitgehen. - **Zu den Stadtverordnetenwahlen** haben die hiesigen Handwerker neben der bürgerlichen und der sozialdemokratischen noch eine besondere Liste aufgestellt, da für die Vertreter des Handwerks an sieser Stelle auf der Liste der Bürgerlichen keine Aussicht besteht, gewählt zu werden.

- **Pollnow.** Die Stadtverordneten nahmen den Haushaltsplan einstimmig an. Danach wird der Steuerjah weiterhin 125 Prozent der Einkommen, der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 Prozent der Betriebssteuer ausmachen. 30 Prozent der gesamten Steuerzahler, und zwar kleine Gewerbetreibende und so weiter, die bis höchstens 30 Mark Steuern zahlen, sollen von der Abgabe befreit sein. Die Versammlung beschloe des weiteren, eine Vergnigungssteuer einzuführen, und lehnt alle Forderungen eines hier neugebildeten Arbeiter- und Soldatenrates ab, da die städtischen Körperschaften diesen als zu Recht bestehend nicht anerkannt haben.

- **Rgenwalde.** In der Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. beraten über eine Verkehrsverbindung zwischen Stadt und Mnde. Ein Unternehmer beabsichtigt, durch ein oder zwei Motorboote die Wasserverbindung herzustellen. Zu den durch die Anschaffung entstehenden Kosten soll ihm ein zinsfreies Darlehen von Zweidrittel des Kaufpreises bei zehn Prozent Amortisation gewährt werden. Ein anderer Unternehmer will außerdem eine Automobilverbindung zwischen Bahnhof und Rgenwaldermnde herstellen; dafür wurde eine Beihilfe von jährlich fünfhundert Mark bewilligt. - **Einführung des neuen stellvertretenden Bürgermeisters.** Sonnabend vormittag fand in gemeinsamer Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten die Einführung des Regierungsratsreferendars Genzmer zur Vertretung des beurlaubten Bürgermeisters statt.

- **Rgenwalde.** Zum Eingreifen der Stolper Husaren hierorts wird noch bekannt, daß die Werbeoffiziere die für Sammlungen für den Grenzschutz erforderliche Beschneidung des Oberpräsidenten nicht hatten, wohl aber eine solche ihres Regiments. Das Geld wurde denn auch schließlich auf der Stadtkasse belassen, soll später aber doch dem gedachten Zwecke zugeführt werden und die Husarenabteilung zurückgezogen. Uns scheint es, als ob beiderseits zu hartnäckig und bis in die Ferne verfahren worden ist, denn in einer solchen Angelegenheit, in der es sich um den Schutz des Vaterlandes handelt, sollte es doch möglich sein, stets zu einem Ueberkommen zu gelangen. Die lachenden Dritten waren sicher die Stolper Husaren, welche, anstatt eines blutigen Gefechts mit Rügenwalder „Spartakisten“, ein gemütliches Tanzvergnügen mit der Damenwelt veranstalteten.

- **Btlow.** Stadtverordnetenversammlung vom Freitag. Von einem Schreiben der Stadtverordnetenversammlung in Köslin, worin diese gegen die Verordnung der preussischen Regierung über die anderweitige Regelung des Gemeinwachsrechts protestiert, wurde Kenntnis genommen. - In einem Schreiben an die Stadtverwaltung teilt die hiesige Gasanstalt mit, daß sie infolge der gestiegenen Kohlenpreise und Löhne gezwungen ist, den Gaspreis um je 5 Pfennig pro Kubikmeter zu erhöhen. - Eine städtische Eingabe an die Eisenbahndirektion Danzig betreffend den Bau einer Eisenbahn Btlow - Pomele - Sullenstn - Sierakow - Budow ist nach einem jetzt eingegangenen Antwortschreiben der Eisenbahndirektion abschlägig beschieden worden. - Wegen Ueberlastung im Hauptamt hatte Bürgermeister Schulz beantragt, für Ausführung der Geschäfte eines Amtsanwalts und Standsbeamten einen besonderen Beamten anzustellen und diese beiden Aemter von dem Bürgermeisteramt vollständig zu trennen. Dieser Antrag des Bürgermeisters erfuhr eine Ablehnung. - Ueber die Elektrifizierung des Wasserwerkes wurde nochmals beraten und 15000 Mark für Beschaffung eines Motors und Stromleitung bewilligt.

- **Torgelow.** Ausstand. Die Arbeiter sämtlicher Giegieereien traten in den Ausstand; sie zogen in geschlossenem Zuge von Fabrik zu Fabrik und begaben sich nach dem Marktplatz, wo eine Abordnung zum Gemeindevorsteher giug. Ausschreitungen kamen nicht vor. Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber

und Arbeitnehmern zu einer Einigung geführt hatten, wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. - **Demmin.** Eine Badeanstalt gestohlen. Die Badeanstalt in Stuterhof ist abgebrochen und gestohlen worden. Das Holz wird sicher zum Heizen verwendet werden.

Vermischtes.

- **Ein nachahmenswerter Beschluß.** Der Arbeiter- und Soldatenrat des Amtes Burbach (Kreis Siegen) erlöst folgende Kundgebung: „Mit Rücksicht darauf, daß durch die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen und Preussischen Nationalversammlung ein gegebener Zustand wiederhergestellt ist, stellt der Arbeiter- und Soldatenrat mit dem 15. Februar 1919 seine Tätigkeit ein.“ Wenn doch alle Arbeiter- und Soldatenräte so vernunftig wären!

- **Ein neues astronomisches Nischeninstrument.** Das neuerichtete Astrophysikalische Observatorium in Victoria (Kanada) hat jetzt sein grotes Instrument, einen Reflektor von 180 Zentimeter Oeffnung, erhalten. Die optischen Teile des Instruments haben Brashear und Co., die mechanischen Warner und Swasen angefertigt. Wegen der schwierigen Kriegsverhältnisse hat das Observatorium noch nicht zu Ende gebracht werden können. Ueber ein noch groeres Instrument, ein Spiegelteleskop, von 250 Zentimeter Oeffnung, verfügt bekanntlich die Sternwarte auf dem Mount Wilson.

- **Deutscher evangelischer Kirchentag.** Die Errichtung eines stndigen allgemeinen deutschen evangelischen Kirchentages wird derzeit in führenden kirchlichen Kreisen erwogen. Es wird sich damit unter anderem eine Konferenz beschäftigen, die der deutsche evangelische Kirchenausschu im Einvernehmen mit den groeren freien evangelischen Vereinigungen für die letzten Februartage nach Kassel beruft. Als Ziel des Kirchentages ist die kraftvolle Vertretung der Interessen des gesamten evangelischen Deutschlands nach außen wie nach innen gedacht.

Es muß bei diesem Vorhaben die Erwartung ausgesprochen werden, daß in dieser Vorbereitung in Kassel nicht wiederum nur Pastorenkreise den vorwiegenden Einfluß haben, sondern daß das Laicenelement in der Kirche ebenfalls ausgiebig seine Wünſche zur Geltung bringen kann. Was bisher über die Vorarbeiten zur zeitgemäßen Ausgestaltung des kirchlichen Lebens in die Deffentlichkeit drang, ließ nicht den Schluß zu, daß die Neuorientierung nach Form und Inhalt wirklich im Sinne einer „Volkskirche“ im Gange sei.

- **Ein beigelegter Streik.** Reuter meldet aus Madrid, daß der Bderstreik beigelegt ist.

- **Eine neue Erfindung.** Matin meldet: Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften Bateau hat eine Erfindung gemacht, die es Flugzeugen ermöglicht, mit bisher unbekannter Geschwindigkeit in bis heute unabhlichen Höhen zu fliegen. Dadurch könnte die Reise von Paris nach Algier in fünf und nach Kairo in elf Stunden zurückgelegt werden.

Bücherschau.

- **Die deutsche Stadt Danzig** steht in diesen Tagen, in denen der Bestand des deutschen Reiches zusammenzubrechen droht, in erster Linie des allgemeinen Interesses. Ganz besonders richten sich heute unsere Blicke auf die deutschen Gebietsstlle, die den Gegenstand fremder Begehrtchkeit bilden, so Danzig, das gerade jetzt von polnischer Lndergier het umstritten ist. Da wird ein Aufsatz des bekannten Schriftstellers Paul Enderling über die Stadt Danzig, den das Heft 9 der Zeitschrift „Für alle Welt“ (Deutsches Verlagshaus Bong und Co., Berlin W. 57) bringt, dem besonderen Interesse weiter Kreise begegnen, da er nicht nur anschauliche Bilder dieser alten deutschen Stadt entrollt, sondern auch von jener Gemütsstimmung durchweht ist, mit der gerade der Deutsche an seiner Scholle hängt. Auch sonst bietet das neunte Heft der Zeitschrift viel Anziehendes und Interessantes. Neben dem wundervollen, von epischer Groe durchhauchten Hallatomam „Der Wrtterhof“ von Felicitas Rose, der Dichterin des Heideschulmeisters, und dem anmutig humoristischen, durch reizvolle Schilderungen des Hochgebirges belebten Roman „Höhenflug“ von Theodor Wandt begegnet uns eine gemtvolle und ergreifende Silberergeschichte, gleichfalls aus der Feder von Felicitas Rose, in der das Schicksal eines invaliden Offiziers mit besonderer Wärme dargestellt wird. Ganz außerordentlich festelt in diesem Heft eine Reihe von Bildern und Kunstbelegten, die den Rückmarsch der deutschen Truppen in die Heimat in seinen Städten darstellt. Das zehnte Heft der Zeitschrift bringt neben der Fortsetzung der beiden bereits erwähnten Romane einen außerordentlich interessanten Aufsatz aus der Feder des bekannten Kunstschriftstellers Dr. Valerian Tornius über das Bild als Spiegel der Zeit. Der Verfasser setzt in diesem als nachträglichen Gedankblatt zum 75-jährigen Bestehen der Leipziger Illustrierten Zeitung gedachten Aufsatz in sehr interessanter Weise auseinander, welche Vervollkommnung das deutsche Illustrationsverfahren im Laufe der letzten 75 Jahre durchlebt hat, ein wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte unserer Tage. Der Inhalt sowie das äußere Gewand der Hefte sind dem so billigen Preise gegenüber nur 60 Pfg. für das Heft) auffallend gut und sorgfältig.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptschriftleiter Alfred Schwinzer, für den lokalen und provinziellen Teil Hans Robert Lipski, für den literarischen redaktionellen Teil Max Spang, für den Anzeigenteil Hans Reigensind. Druck und Verlag: Frrentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Arbeitsmarkt.

Verkäuferin

für Modewaren per sofort oder später gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschr. unter G. 182 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

1 Grtnerlehrling

kann unter gnztigen Bedingungen eintreten

4 Dienstmädchen

für Haushalt gesucht. Meldungen an die Gutsverwaltung Zethun bei Pollnow.

Viehwrtterfamilie

mit guten Empf. und 5 kräftigen ig. Helfern, welche bei geringem Viehbestand zur Arbeit abgeben, sucht bei bescheidenen Ansprüchen zum 1. 4. oder später Dauerstelle. Ang. ab. Rosen, Stolp i. Pom., Bahnhofstraße 13.

Hausmädchen

zum 1. oder 15. März gesucht

Hausmädchen,

welches etwas kochen kann

Perfekte Buchhalterin

die an selbstständiges Arbeiten gewöhnt ist, auch Stenographie und Schreibmaschine beherrscht, zum Eintritt per 1. März er. gesucht.

Alfred Ruttkowski, Elektrotechnisches Bureau, Bergstraße 32.

Zum 1. April gesucht Stubenmädchen,

in Wschenhnen, Pltten erfahren, schon auf Rittergut in Stellung gewesen;

Küchenmädchen,

das Hausarbeit übernimmt und kochen lernen kann. Zeugnisabschriften, Gehaltswnsche, Altersangabe einbringen.

Frau von Bohlen, Bartholin bei Luin, Bez. Danzig.

2 Leute zum Dreschen.

Tiede, Wilhelmstr. 4.

Deputantenstellen

und die Stelle eines verheir. Stellmachers zu vergeben. Meldungen bei der Gutsverwaltung Kiebow such zum 1. 4. 19 noch einige

Deputanten

mit hssigen bei hohem Lohn und Deputat.

Bettmssen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Sankt-Versand München. 411.

Kriegsbeschädigte, Kaufleute, Händler, H. Geschäfte, Leute jeden Standes und Alters allerorts erhalten glänzende, vollkommene risikolose Verdienstmöglichkeit d. Fabrik für Einf. v. Maschinenwirtschafartikel. Ist auch Nebenwerb f. Angestellte u. Frauen. Näheres: Eyer & Co., Halberstadt.

Kräftige Salatpflanzen

empfiehlt Grtnerlei Wunsch.

Schreibmaschine

(Syst. Adler) Friedenssw., wie neu, zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Bettbezug,

Damenwäsche, Tischlcher, neu, zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsst.

Einssegnungs-Anzüge

Arbeitshofen können Sie noch kaufen ohne Bezugschein bei Wilhelm Schledermann, Reuterstr. 18.

Verloren

im Januar goldene Brille ohne Einf. m. Schwarz. Futteral. Abzugeben gegen Beloh. bei Loth, Bergstraße.

Zentrumspartei.

Unsere Liste zu den Stadtverordnetenwahlen lautet:

1. Oberbahnhofsvoortseher Schroeter
2. Kaufmann Felix Wolff
3. Leitungsassessor Landowski
4. Werfhrer Freismann
5. Polizeisergeant Kullas
6. Frau Hulda Braun
7. Witzfeldwebel Michalowski
8. Ingenieur Hderath
9. Obermonteur Wittwer
10. Verkäuferin Anna Peplinski.

Stimmzettel sind in folgenden Läden zu bekommen: Kaufert, Schulstr. 8-10, Wolff, Holzmarkt 1, Braun, Mühlenstr. 54 und bei Fr. Borkowsky im Hinzelmanschen Läden Bergstr. 8-10.

Wir haben groere Beträge zur ersten Stelle auf

ländliche und städtische Grundstücke auszuleihen.

Ostbank für Handel

und Gewerbe.

Depositenkasse Köslin.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marienkirche. Donnerstag, den 27. Februar. 10 Uhr. Prüfung der Konfirmanden. Superintendent Braun.

Anzeigen aus Zanow.

Zanow, den 23. Februar 1919.

Bekanntmachung.

Bei dem Wahlvorstand sind nachstehende 4 Wahlvorschläge eingegangen:

- Wahlvorschlg 1: Schwarz, Reinhold
- 2: Müller, Bernhard
- 3: Fabricius, Albertus
- 4: Dohl, Alfred

Die ausführlichen Vorschläge werden durch Anschlag am Rathaus zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die Wahlvorschläge 1, 3 und 4 sind verbunden. Die Wahlvorschläge können nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung nicht mehr aufgehoben werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten als ein Wahlvorschlg.

Dem Wahlvorstande gehören an: Bürgermeister Wiener als Wahlvorsitzer, Rektor Schade als Stellvertreter, Rentant Piper und Kaufmann Reber als Beisitzer, Mderbrger Na, Fabrikflosser Prohl, Rentier Radtke, Hausbesitzer Wilh. Scharwanz als stellvertretende Beisitzer. Der Wahlvorstand.

Bekanntmachung.

In der am 24. d. Mts. stattgehabten Sitzung des Wahlausschusses sind als ordnungsmäßig und fristgerecht eingereicht folgende sieben Wahlvorschlüsse zu der am 2. März 1919 stattfindenden Stadtverordnetenwahl zugelassen worden:

1. Wahlvorschl. Baumann.
 1. Emil Baumann, Geschäftsführer.
 2. Karl Karus, Krankentassenkontrollleur.
 3. Richard Parsch, Gewerkschaftsbeamter.
 4. Paul Grünwald, Oekonom.
 5. Elfe Parsch, Hausfrau.
 6. Otto Stubbert, Maurer.
 7. Paul Henke, Krankentassen-Assistent.
 8. Artur Berthold, Buchbinder.
 9. Gertrud Dr. Graf, Hausfrau.
 10. Willi Köhn, Werkmeister.
 11. Werner Dargatz, Fabrikarbeiter.
 12. Albert Dr. Graf, Oberlehrer.
 13. Reinhold Fischer, Maurer.
 14. Karl Wittelkow, Fabrikarbeiter.
 15. Anna Hoffie, Hausfrau.
 16. Max Müller, Zimmerer.
 17. Karl Damerow, Lagerhalter.
 18. Ida Stubbert, Hausfrau.
 19. Hermann Jaeste, Antiker.
 20. Emil Jager, Maurer.
 21. Paul Reinfeldt, Tischlermeister.
 22. Franz Heini, Tischler.
 23. Ida Hartkopf, Hausfrau.
 24. Heinrich Bawel, Bildhauer.
 25. Walter Jager, Schlosser.
 26. Albert Mohr, Schuhmacher.
 27. Hermann Vah, Arbeiter.
 28. Anna Jager, Hausfrau.
 29. Heinrich Kern, Maschinenführer.
 30. Emil Ries, Tischler.
 31. Paul Reinfeldt, Zimmerer.
 32. Otto Doepfe, Schuhmacher.
 33. Minna Erdzinski, Hausfrau.
 34. Eduard Beckmann, Tischler.
 35. Hermann Böfel, Maurer.
 36. August Werner, Arbeiter.
2. Wahlvorschl. Kasten.
 1. Hermann Kasten, Lehrer.
 2. Paul Vitten, Kaufmann.
 3. Ferdinand Steinbauer, Schlossermeister.
 4. Julie Kubow, Witwe.
 5. Georg Wagner, Kaufmann.
 6. Paul Schwarzkopf, Oberstadtssekretär.
 7. Hermann Tremmel, Fabrikdirektor.
 8. Paul Spring, Buchhalter.
 9. Wilhelm Fischer, Tischlermeister.
 10. Arthur Winler, Oberlehrer.
 11. Hermann Dabich, Bahnmeister.
 12. Karl Keller, Berufsführer.
 13. Otto Deina, Oberpostassistent.
 14. Fritz Weiser, Rentier.
 15. Hulda Pademann, Witwe.
 16. Karl Bowersdorff, Konditor.
 17. Karl Otto, Steuersekretär.
 18. Jose Kurb, Direktrice.
 19. Albert Baaste, Oberpostassistent.
 20. Karl Widmann, Kleidermacher.
 21. Wilhelm Schulze, Maschinenarbeiter.
 22. Ferdinand Maas, Unterassistent.
3. Wahlvorschl. Brummund.
 1. Dr. Paul Brummund, Rechtsanwält.
 2. Hermann Sawallisch, Oberpostsekretär.
 3. Heinrich Timm, Justizrat.
 4. Maximilian Müde, Regierungssekretär.
 5. Karl Schäfer, Fabrikbesitzer.
 6. Anna Sachse, Justizratsgattin.
 7. Fritz Treptom, Maurer- und Zimmermeister.
 8. Karl Brandt, Stadtschreiber.
 9. Max Meisow, Fabrikbesitzer.
 10. Karl Bülow, Kaufmann.
 11. Paul Gessendorff, Bäcker-Obermeister.
 12. Wilhelm Schürz, Rechnungsrat.
 13. Walter Klingner, Fabrikbesitzer.
 14. Karl Daad, Oberpostassistent.
 15. Gustav Schmidt, Maschinenhelfer.
 16. Elisabeth Hoffmann, Apothekenbesitzerin.
 17. Ernst Diebel, Rentier.
 18. Richard Hoffmann, Friseur-Obermeister.
 19. Franz Reimann, Modellstecher.
 20. Ernst Gohrbandt, Regierungsbote.
 21. Rudolf Bartel, Buchhalter.
 22. Ilse Thiede, Lehrerin.
 23. Robert Kala, Dentist.
 24. Karl Häisch, Zollassistent.
 25. Franz Minz, Schmiedemeister.
 26. Lina Wrana, Postgehilfin.
 27. Gustav Mehlhorn, Biegeleisenbesitzer.
 28. Paulus Wante, Zollinspektor.
 29. Johann Dunte, Schneidermeister.
 30. Fritz Vesler, Geheimen Regierungsrat.
 31. Gertrud Beagerow, Geschäftsleiterin.
 32. Max Rickmann, Rechnungsrat.
 33. Gustav Bodrandt, Kaufmann.
 34. Verta Schuhmacher, Stütze.
 35. Johannes Labs, Studienrat.
 36. Willi Hübner, Steuerinspektor.
4. Wahlvorschl. Strahl.
 1. Wilhelm Strahl, Stadtverordneten-Vorsteher.
 2. Dr. Walter Zube, Rechtsanwält.
 3. Gustav Radtke, Schulrat.
 4. Julius Wubow, Schuhmacher-Obermeister.
 5. Leo Reff, Kleinbahn-Direktor.
 6. Wilhelm Kröber, Regierungsbauführer.
 7. Ernst Niemer, Schriftlicher.
 8. Elisabeth Kraußhader, Witwe.
 9. Lotthild Erdmann, Handlungsgehilfe.
 10. Georg Schrader, Bankier.
 11. Hugo Bierlant, Dachdeckermeister.
 12. Albert Rudnick, Kaufmann.
 13. Reinhard Nistow, Gemeindeführer.
5. Wahlvorschl. Nillas.
 1. Albert Nillas, Regierungssekretär.
 2. Wilhelm Körner, Versicherungs-Inspektor.
 3. Christian Schwerdtfeger, Lehrer.
 4. Heinrich Stegner, Evangelist.
 5. Magdalene Frahl, Oberlehrerin.
 6. Johann Meyer, Aufseher.
 7. Paul Miske, Landwirt.
 8. Wilhelm Schlederermann, Schneidermeister.
 9. Albert Meyer, Maschinenführer.
 10. Friedrich Appelt, Bäckermeister.
 11. Efriede Heinfus, Fräulein.
 12. Hermann Treder, Ackerbürger.
 13. Albert Klein, Schuhmachermeister.
 14. Albert Strub, Invalide.
 15. Otto Bigalke, Kaufmann.
6. Wahlvorschl. Henning.
 1. Fritz Henning, Schuhmachermeister.
 2. Anton Treptom, Tischler.
 3. Karl Prüfer, Tischler.
 4. August Heidemann, Sattler.
 5. Heinrich Steiner, Tischler.
 6. Hermann Hensel, Metallarbeiter.
 7. Hermann Bergmann, Maler.
7. Wahlvorschl. Schroeter.
 1. Albert Schroeter, Oberbahnhofsleiter.
 2. Felix Wolff, Kaufmann.
 3. Albert Landowski, Leitungsaufsicher.
 4. Karl Freyemann, Berufsführer.
 5. Franz Kullas, Polizeibeamter.
 6. Hulda Braun, Witwe.
 7. Theophil Michalski, Feldwebel.
 8. Wilhelm Söderath, Friseur.
 9. Josef Wittwer, Obermeister.
 10. Anna Pevlin, Fräulein.

14. Franziska Pina, Beimarbeiterin.
15. Willi Dorfowich, Betriebsleiter.
16. Volter Kofler, Dr. med. Arzt.
17. Wilhelm Kuffner, Wurstfabrikant.
18. Hermann Rednagel, Gütervorsteher.
19. Hele Maas, Rechnungsratsgattin.
20. Heinrich Jettel, Postsekretär.
21. Reinhold Schnittke, Landwirt.
22. Alfred Hoffmann, Buchhändler.
23. Annemarie Engler, verw. Hauptmann.
24. Karl Ohlow, Schneidermeister.
25. August Timm, Eisenbahn-Stationsarbeiter.
26. Richard Schmah, Vize-Postdirektor.
27. Emil Krohn, Bäckermeister.
28. Clara Volkers, Gymnasiallehrer-Witwe.
29. Friedrich Jablinski, Sattlermeister.
30. Kurt Viebig, Dr. jur., Regierungsrat.

1. Albert Nillas, Regierungssekretär.
2. Wilhelm Körner, Versicherungs-Inspektor.
3. Christian Schwerdtfeger, Lehrer.
4. Heinrich Stegner, Evangelist.
5. Magdalene Frahl, Oberlehrerin.
6. Johann Meyer, Aufseher.
7. Paul Miske, Landwirt.
8. Wilhelm Schlederermann, Schneidermeister.
9. Albert Meyer, Maschinenführer.
10. Friedrich Appelt, Bäckermeister.
11. Efriede Heinfus, Fräulein.
12. Hermann Treder, Ackerbürger.
13. Albert Klein, Schuhmachermeister.
14. Albert Strub, Invalide.
15. Otto Bigalke, Kaufmann.

Zugleich ist die als ordnungsmäßig (§ 12 Abs. 1 B. G.) erklärte Verbindung der Wahlvorschl. Nillas Strahl zugelassen worden. Für die Wahl selbst weisen wir folgendes hin:

Stimmzettel dürfen, um gültig zu sein, nur auf Namen eines der obigen Wahlvorschl. lauten. Es genügt, wenn einzelne Stimmzettel nur einen Namen aus einer der Wahlvorschl. enthält. Stimmzettel, welche Namen aus mehreren verschiedenen Wahlvorschl. enthalten, sind ungültig zu erklären.

Köslin, den 24. Februar 1919.
Der Wahlausschuss.

Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Bundesrats findet im deutschen Reich am 1. März d. Js. eine Viehzählung statt. Die von uns beauftragten Zähler führen eine Zählbezirksliste, in die die Bestände an Vieh direkt einzutragen sind. Wir ersuchen den Zählern jede gewünschte Auskunft zu erteilen, und diesen das Amt nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Ergebnisse der Viehzählung dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung. Zu Steuerzwecken werden dieselben in keinem Falle verwendet.

Wer vorzüglich eine Anzeige, zu der er aufgefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für dem „Staate verfallen“ erklärt werden.

Köslin, den 24. Februar 1919.
Der Magistrat.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Kösliner! Unser Erwerbsleben liegt am Boden. Ihm muß aufgeholfen werden. Schon einmal ist Deutschland durch seine Städte groß geworden. Auch jetzt müssen die Städte in die erste Linie treten. Dies kann nicht dadurch geschehen, daß nur eine politische Richtung die Stadtvertretung beherrscht, es müssen vielmehr alle Kräfte, die Gemeinnutzen haben und die ohne Rücksicht auf Sonderinteressen einzig und allein für das Wohl der Stadt und seiner Einwohner eintreten, zusammengefaßt und nutzbar gemacht werden. Vertreter müssen wir haben, welche für ein gesundes Fortschreiten der Stadt rücksichtslos eintreten, Vertreter, die aber daneben die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt und ihrer Einwohner nicht außer Acht lassen. Wird beides nicht in gesundem Einklang gebracht, so wird jeder Einzelne sehr bald das Mißverhältnis an seinem Geldbeutel merken.

Darum, Kösliner, Köslinerinnen, wählt die Liste der **Deutschen Volkspartei, die Liste Dr. Brummund.**

Sie enthält Männer, die kommunalpolitisch geschult, aber keine Parteipolitik treiben wollen; sie enthält Männer aus allen bürgerlichen politischen Kreisen; sie enthält Männer, die seit Jahren sich in der Kommunalpolitik betätigt und bewährt haben. Gebt diesen Euer Vertrauen, wie Ihr es bisher getan habt.

Auf jede Stimme kommt es an, keiner darf fehlen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Auf zur Wahl am 2. März!
Die Deutsche Volkspartei Köslin.
Der Vorstand.



Deutschnatl. Handlungsgewerkschaften-Verband
(Ortsgruppe Köslin)
Diensttag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Hammer-Mitglieder-Verammlung.
Der Vorstand.
Zur Besprechung über die Stadtverordnetenwahl werden alle gläubigen Freunde Donnerstag, den 27. Februar, 7.45 Uhr abends in den Besprechungsraum Rosenstraße eingeladen.
Evangelische Vereinigung.
Die Neuklener Kassen-Bank
14 m lang, 6 m breit, 3 m hoch, kommt am Freitag, dem 28. d. Mts., nachm. 3 Uhr, meistbietend zur Versteigerung zum Verkauf.

Volkbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen.

Im Hinblick auf unsere unschuldig in Gefangenschaft schmachtenden Volksgenossen ist es Pflicht jeder Stadt und jeder Ortschaft, eine Ortsgruppe zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen zu gründen.

Männer und Frauen helfen durch ihre Beitrittserklärung unseren Waffenstillstandsdelegierten ein Machtmittel, daß nämlich das ganze deutsche Volk hinter ihnen steht, in die Hand geben, und durch freiwillige Beiträge die Leiden unserer Volksbrüder lindern.

Säumt daher nicht, bildet eine Ortsgruppe zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen und schließt Euch sofort der Bezirksgruppe Köslin an.

In allen Fragen über Ziele und Organisation des Volksbundes, Bildung von Ortsgruppen, Aufstellung der Satzungen, Werbematerial usw. usw. steht mit Rat und Tat gern zur Seite **Bezirks-Gruppe Köslin des Volksbundes zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen.**
Rosenfeld, Schriftführer.
Köslin, Roggower Allee 28. Telegr.-Adr. Gefasch Köslin.
Schon bestehende Ortsgruppen werden dringend erjucht, sich sofort der Bezirksgruppe und somit dem Volksbunde anzuschließen.

Deutsche Volkspartei.

(Nationalliberaler Verein Köslin.)
Öffentliche Versammlung
am Freitag, dem 28., abends 8 1/2 Uhr bei Lüdte (Großer Saal).
Rechtsanwalt Dr. Brummund spricht über die **Stadtverordnetenwahl.**
Alle Mitglieder und Freunde unserer Wahlliste werden um vollzähliges Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, insbesondere geehrten Nachbarschaft geben wir hiermit bekannt, daß wir am Mittwoch, dem 26. Febr., Danzigerstraße 1 (früher Johs. Gies) ein **Kolonialwarengeschäft mit Wein- und Bierstube** eröffnen. Es soll unser Bestreben sein, unsere geehrte Kundenschaft mit guter und reeller Ware bedienen zu können und bitten daher, unser Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Lebensmittelfarteneintragen nehmen wir täglich entgegen.

Hochachtungsvoll!
Kurt Oesten u. Gerhard Fassell.

Baltenhilfe.

Am Mittwoch, dem 26. Februar, in Lüdtes großem Saal, abends 8 Uhr, **Öffentlicher Vortrag:**
„Auf der Flucht vor den Bolschewiki“
Eigene Erlebnisse zweier Deutschen, von ihnen selbst erzählt. Zum Besten der Baltenshilfe wird ein Eintrittsgeld von 25 Pf. erhoben, es wird daher um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.
Der Ausschuss.

Sparsame Bauweisen
für Kleinwohnungen und Kleinwohnungen

Erwirken der Baukostenübertreibung
aus öffentlichen Mitteln

Entwürfe und Bauausführungen
im Hoch- und Eisenbetonbau

Spezialausführungen
Steinholzfußböden (Linoleumersatz)
Ruberoidepappdächer (Teeren unnötig)

Felix Böttcher,
Architekt u. Maurermeister,
Böttcherstr. 17-19. Fernruf 41.

Zahn-Praxis W. Reichel
vormals R. Reichel
Fernspr. 416 Köslin Bergstraße 7
Eingang Unterstraße 1 Treppe
Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.

Reisewagen
sofort zu kaufen gesucht. Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Btg.

Kinder-Zinkbadewanne
verkauft
Schwinger, Danzigerstr.